

## Bürgerinitiativen loten bei Regionalkonferenz in Hermsdorf Strategien aus



Im Hermsdorfer Gasthaus Zur Linde diskutierten Vertreter Ostthüringer Bürgerinitiativen intensiv über gemeinsame Vorhaben. Foto: Dieter Urban

Bei der Regionalkonferenz in Hermsdorf loteten die Ostthüringer Bürgerinitiativen am Sonnabend ihre Strategie aus. Mit Spannung wird das Urteil zum Bürgerbegehren erwartet. Hermsdorf. Kommunalabgaben, Umlagen, Anschlusszwang, Energiepreise: Themen, die für die Bürger direkt im Geldbeutel spürbar werden. Am Sonnabend standen sie im Hermsdorfer Gasthaus Zur Linde auf der Tagesordnung.

Die Ostthüringer Bürgerinitiativen trafen sich, um ihre weitere Strategie abzustimmen. Rund 30 Vertreter verschiedener Initiativen, unter anderem aus Hermsdorf, Kahla, Gera, Greiz, Zeulenroda-Triebes, Pößneck und Schmölln waren gekommen. "Wir fühlen uns gut aufgestellt und wollen weiterhin für Menschen, die Probleme mit den etablierten Parteien haben, ein Forum für die politische Beteiligung bieten", sagte Wolfgang Kleindienst, Versammlungsleiter und Vorsitzender der Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla (Birso) aus Pößneck.

Mit Spannung blicken die Mitglieder der Bürgerinitiativen nach Weimar, wo am 27. Februar der Thüringer Verfassungsgerichtshof die Klage der Landesregierung gegen das Volksbegehren "Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben" behandelt. "Wir rufen alle interessierten Bürger auf, an der öffentlichen Verhandlung teilzunehmen, um die Unterstützung für unseren Gesetzentwurf deutlich zu machen", sagte Kleindienst. Das Ergebnis sei völlig offen. "Sollte es negativ sein, bleibt für uns weiterhin nur der Weg, politisch Einfluss zu nehmen." Oft finde man allerdings nur bei der Linkspartei Gehör. Ein weiteres zentrales Thema der Regionalkonferenz war der aktuelle Stand der Debatte um die Verpflichtung von Grundstückseigentümern zum Bau von vollbiologischen Kleinkläranlagen. "Wir fordern, dass in Thüringen keine über die europa- und bundesrechtlichen Vorschriften hinausgehende Anordnungen beziehungsweise Standards getroffen werden", betonte Kleindienst. Die Refinanzierung der Anlagen sollte über Gebühren erfolgen.

Diskussionen gab es um die Linie der Bürgerinitiativen beim Thema Energiepreise, da sich die Vertreter einiger örtlicher Initiativen nicht für dieses Thema zuständig sahen. "Allerdings ist unstrittig, dass die Belastung der Bürger durch die Energiewende begrenzt werden muss", so Kleindienst. Das gesamte Vorhaben sei fachlich schlecht organisiert und innerhalb der EU zu wenig abgestimmt. "Mit ihrer 180-Grad-Wende beim Atomausstieg hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zwar die Macht gesichert, aber die Folgen nicht bedacht", meint der Pößnecker.

Auf der Konferenz wurde Plänen, Großkreise zu konstruieren, eine Absage erteilt. "Wir stehen einer Gebietsreform nicht grundweg ablehnend gegenüber, aber haben klare

Prämissen", betonte Kleindienst. Wenn eine Reform durchgeführt werde, müsse sie in erster Linie Einsparungen bringen. Zudem dürfe sich der Service für die Bürger nicht verschlechtern. Das gelte auch für die von der Linken geforderte Abschaffung des Landesverwaltungsamtes, die von den Bürgerinitiativen unterstützt werde. "Wenn dessen Aufgaben an die Kommunen weitergegeben werden, müssen die finanziellen und personellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden", stellte Kleindienst klar.

Neben den verschiedenen finanziellen, von den staatlichen Ebenen ausgehenden Belastungen plagen die Bürgerinitiativen Nachwuchssorgen. "Auch wir werden älter", sagte Kleindienst. Daher solle nun verstärkt versucht werden, jüngere Menschen, insbesondere Nichtwähler, für eine Beteiligung zu begeistern. "Es gibt viele wichtige Themen, für die man sich einsetzen kann nicht nur am Wahltag", so Kleindienst.

Bei den Kommunalwahlen im kommenden Jahr wollen die bereits in Parlamenten vertretenen Bürgerinitiativen wieder antreten, kündigte Kleindienst an. Er hoffe auf einen weiteren Stimmenzuwachs. "Und dann werden wir vor Ort ausloten, welche Formen der Zusammenarbeit möglich sind."

An der Landtagswahl 2014 werden sich die Bürgerinitiativen hingegen nicht selbst beteiligen. "Das würde unsere Kräfte überschreiten", so Kleindienst, der auch stellvertretender Vorsitzender der Bürgerallianz Thüringen ist. Allerdings sollen von dieser und auch den nicht darin organisierten Initiativen wieder Wahlprüfsteine erarbeitet und an die Parteien versendet werden.

"Wir werden sie dabei vor allem auf ihre Position zum Kommunalabgabengesetz unter die Lupe nehmen", erklärte Kleindienst. Die Antworten auf die Wahlprüfsteine sollen veröffentlicht und ausgewertet werden. "Es wird dann eine Empfehlung geben, welche Parteien aus unserer Sicht nicht gewählt werden sollten", sagte Kleindienst. So solle vor allem der Eindruck abgewehrt werden, einer Partei nahe zu stehen. "Ich hoffe, dass nach der Prüfung noch was übrig bleibt", so der Birso-Chef lachend.

Auch vor der noch in diesem Jahr stattfindenden Bundestagswahl sollen die Programme der Parteien gründlich durchforstet werden. Hierbei werde insbesondere deren Haltung zur Abwasserentsorgung eine Rolle spielen. "Schließlich nehmen die Fraktionen im Bundestag auch Einfluss auf die Entscheidungen in der Europäischen Union", erklärte Kleindienst. Hingeschaut werden soll auch bei den Themen Strompreis und Ortsumgehungen bei Bundesstraßen, aus denen finanzielle Belastungen für die Bürger erwachsen.

Oliver Will / 18.02.13 / OTZ